Quelle: FAZ vom 1.3.13

EU begrenzt Höhe der Boni für Banker

Maximal das Doppelte des Grundgehalts / Großbritannien stimmt Kompromiss zu

hmk. BRÜSSEL, 28. Februar. Die Bonuszahlungen für Banker werden in der EU von 2014 an strikt begrenzt. Unterhändler des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten einigten sich in der Nacht zum Donnerstag in Brüssel nach monatelangen Verhandlungen darauf, dass Bonuszahlungen maximal das Doppelte des Grundgehalts betragen dürfen. Vor allem Großbritannien hatte sich lange dagegen gewehrt. Es hatte argumentiert, derart strikte Vorgaben schreckten talentierte Mitarbeiter ab, schadeten damit dem Finanzplatz London und führten zur Abwanderung des Bankgeschäfts in andere Teile der Welt. „Zum ersten Mal werden in der EU und weltweit Bonuszahlungen gedeckelt", sagte der Verhandlungsführer des Europaparlaments, der österreichische Konservative Othmar Karas. Die Einigung komme einer Revolution am Finanzmarkt gleich, wo Verzehnfachungen des Gehalts keine Seltenheit seien, sagte der SPD-Abgeordnete Udo Bullmann.

Die Deckelung der Boni ist Teil eines Pakets, mit dem die Eigenkapitalanforderungen an die Banken erhöht werden sollen. Formal müssen die Mitgliedstaaten und das Europaparlament den Kompromiss noch annehmen. Er sei sich aber sicher, dass alle Beteiligten den Kompromiss mittragen, sagte Karas. Die Einigung sieht vor, dass die Bonuszahlungen grundsätzlich auf die Höhe des Grundgehalts der Banker begrenzt werden. Die Anteilseigner können die Boni aber mit klarer Mehrheit auf das Doppelte des Grundgehalts erhöhen. Wenn ein Teil der Bonuszahlungen erst nach mindestens fünf Jahren fällig wird, können sie auch darüber noch hinausgehen. Im Extremfall könnten die Boni so wohl auf das Zweieinhalbfache des Grundgehalts steigen.

Die Bonussysteme der Banken gelten als Mitverursacher der Finanzkrise, weil sie die Banker zu riskanten Anlagen animiert haben. Viele Banken haben die Bonussysteme aber schon umgestellt. Die neue Regelung gilt für alle Mitarbeiter von Banken aus der EU, auch wenn sie außerhalb der EU beschäftigt sind. Betroffen sind auch in der EU tätige Angestellte nichteuropäischer Banken. In Deutschland dürften nach Bullmanns Angaben etwa 500 Angestellte der Deutschen Bank und 50 der Commerzbank betroffen sein. Die EU-Kommission soll die Folgen der Deckelung nach dem Inkrafttreten prüfen und Änderungen vorschlagen, sollte sich etwa zeigen, dass das Bankgeschäft tatsächlich in Nicht-EU-Staaten verlagert wird. Die Regelung könnte auch dazu führen, dass Spitzenbanker zu Hedgefonds wechseln; für diese gelten die neuen Auflagen nicht. *(Siehe Wirtschaft, Seite 15.)*